„Wir lassen den Youngplan nicht zerreißen"

Neue Erklärung Lavals — Das Leitmotiv der Baseler Reparationsverhandlungen

Paris, 21. Dezember. (Eig. Bericht.) Der französische Ministerpräsident Laval hat gestern in La Chapelle-la-Reine auf einem Festbankett eine Rede von internationaler politischer Bedeutung gehalten, die ein bezeichnendes Licht auf die Baseler Reparationsverhandlungen wirft. Besonders ausführlich befaßte sich Laval mit der Reparationsfrage. Er erklärte mit aller Schärfe: „Die Delegierten Frankreichs in Basel und auf der kommenden Reparationskonferenz der Regierungen werden unversöhnlich an dem Yougplan festhalten."

Frankreich sei bereit, für eine „begrenzte Periode" die Lage Deutschlands zu berücksichtigen, aber über den ungeschützten Teil der Youngzahlungen gebe es keine Diskussion, ebensowenig wie im Juli. Ferner besteht Frankreich unbedingt auf der Priorität der Reparationen vor den privaten Schuldenverpflichtungen Deutschlands. Angesichts der Haltung des amerikanischen Parlaments in der Schuldenfrage würden die französischen Delegierten erst recht nicht mit sich handeln lassen.

Auf einen Zwischenruf aus dem Kreise der Bankettteilnehmer „Festbleiben, Laval!" antwortete er: „Das ist meine Gewohnheit. Wir werden den Youngplan nicht zerreißen lassen."

Die neuen Erklärungen Lavals sind für die werktätigen Massen Deutschlands von großer Tragweite. Sie zeigen, daß die Tributgläubiger nicht daran denken, den Druck der Youngsklaverei, der auf Deutschland lastet, zu erleichtern. Die Aufgabe der Baseler Konferenz und aller kommenden Reparationskonferenzen besteht nicht darin, die Youngketten zu lockern, sondern Mittel und Wege ausfindig zu machen, um ungeachtet der sich verschärfenden Weltkrise die Millionentribute aus den Knochen der werktätigen Massen Deutschlands herauszupressen.

Der französische Ministerpräsident spricht offen aus, was in Basel hinter den Kulissen der geheimen Ausschußberatungen gespielt wird. Zugleich deutet er aber auch die Konflikte im Lager der Gläubiger an, die die Arbeiten des Baseler Ausschusses zur Ergebnislosigkeit verurteilen. Schon heute betont die informierte Presse, daß der Ausschuß keinerlei Vorschläge für eine vorläufige Neuregelung der Reparationszahlungen machen wird. Er wird sich damit begnügen, die augenblickliche Zahlungsunfähigkeit Deutschlands hinsichtlich des „geschützten" Teils der Reparationen festzustellen und die konkreten Schlußfolgerungen der bevorstehenden Regierungskonferenz überlassen.

Auf dieser Konferenz wird die Frage der Gegenleistungen Deutschlands für ein neues provisorisches „Entgegenkommen" der Gläubiger in aller Schärfe aufgerollt werden. Nur um den Preis neuer drückender Verpflichtungen, verstärkter ökonomischer und politischer Abhängigkeit vom internationalen Finanzkapital wird die deutsche Bourgeoisie zu einem neuen vorläufigen Kompromiß mit den Tributgläubigern im Rahmen des Youngplanes, d. h. auf Kosten der deutschen Volksmassen gelangen.

„... und allen Menschen ein Wohlgefallen!"

„Bei uns ist noch keiner verhungert!"

Darum über ein Jahr Gefängnis auf Grund des § 218

Vor dem Schwurgericht in Mannheim wurde ein Abtreibungsprozeß gegen eine Arbeiterfrau aus Hemsbach (Baden) verhandelt. Sie ist „angeklagt", in acht Fällen Abtreibungen vorgenommen zu haben. Obgleich die Arbeiterfrau ihren Arbeitsschwestern stets aus Ueberzeugung geholfen hat, beantragte der Staatsanwalt eine Gefängnisstrafe von zwei Jahren. Provozierend muß die Begründung des Urteils wirken. Der Staatsanwalt führte aus: „Eine Million Abtreibungen kommen jährlich in Deutschland vor. Da muß bestraft werden, sonst sind wir ein aussterbendes Volk." Und angesichts der verhärmten Frau auf der Anklagebank, angesichts der fünf Millionen Erwerbslosen versteigt er sich zu der Erklärung: **„In Deutschland ist bis jetzt noch niemand verhungert."**

Das Urteil lautete auf ein Jahr und eine Woche Gefängnis. Zwei Monate Untersuchungshaft werden angerechnet. Der Haftentlassungsantrag wird abgelehnt.

Dieses Urteil muß den schärfsten Protest der werktätigen Bevölkerung Deutschlands hervorrufen. Mit der Roten Hilfe gilt es, Vollamnestie zu erkämpfen für alle proletarischen politischen Gefangenen und alle Opfer der Not und des § 218.

Waffenlager entdeckt

Natürlich wieder Kommunistenhetze

Kassel, 21. Dezember. (Eig. Bericht.)

Am Freitagabend hob die Polizei bei dem Arbeiter K. in der Ziegelgasse ein Waffenlager aus, in dem sich etwa 60 Gewehre, einige Pistolen und Sprengstoff befand. Die gesamte bürgerliche Presse ebenso wie die sozialdemokratischen Zeitungen bringen diese Meldung unter der Ueberschrift: „Kommunistisches Waffenlager entdeckt" und versuchen, diese Angelegenheit zu einer wüsten Hetze gegen die Kommunistische Partei auszunutzen, obwohl die KPD mit dieser Angelegenheit nicht das geringste zu tun hat.

Das Geheimnis der Häuserblockzeitung

Telegraphen-Union meldet:

Minden i. W., 18. Dezember. Am 21. November konnte die Kriminalpolizei in Neesen ein kommunistisches Nest ausnehmen, in dem Druckschriften, Flugblätter und dergleichen, vornehmlich aber die „Revolte", hergestellt wurden. Die Glasmacher Büsching und Schmiedel aus Neesen, der Glasbläser Brewes aus Lerbeck und der Korbmacher Blum aus Neesen wurden damals in Untersuchungshaft genommen und hatten sich jetzt vor dem Großen Schöffengericht mit ihrem kommunistischen Parteigenossen Michaelis wegen Verbreitung dieser Druckschriften, in denen zum Hochverrat aufgefordert wurde, zu verantworten.

Die beiden Hauptangeklagten stützten sich darauf, daß ihnen das Material durch einen unbekannten Eilkurier, der mit einem Motorrad vermutlich aus Hannover oder Bielefeld gekommen sei, zugestellt wurde und sie nur die „geistige Arbeit" ihrer Hintermänner mit Ausnahme der „lokalen Nachrichten" zu vervielfältigen hatten. Diese „Häuserblockzeitungen", wie sie von den Kommunisten genannt werden, wurden nachts verteilt.

Es ist beachtenswert, daß noch am Verhandlungstage die neueste Nummer der „Revolte" im Morgengrauen, vornehmlich bei bürgerlichen Leuten, vor der Haustür lag. Durch Aushebung dieses Nestes ist also der Verbreitung keineswegs Einhalt geboten, zumal es der Kriminalpolizei auch noch nicht gelungen ist, Verlag und Redaktion ausfindig zu machen.

Das Gericht sah den Tatbestand der Vorbereitung zum Hochverrat als gegeben an und verurteilte Brewes und Büsching zu je vier Monaten und zwei Wochen, Schmiedel zu acht, Blum zu sechs und Michaelis zu drei Wochen Gefängnis.

Ueberfall auf Liga gegen Imperialismus

Gestern wurde das Büro der „Liga gegen Imperialismus", die seit sechs Jahren vollkommen legal ihre Tätigkeit ausübt, von der Polizei besetzt. 16 Personen, Studenten und Journalisten, die im Laufe des Tages das Büro betraten wurden verhaftet.

Das Polizeipräsidium verweigerte dem Generalsekretär dem Reichstagsabgeordneten Genossen Willi Münzenberg jede Auskunft über den Grund dieser Verhaftungsaktion. Offenbar handelt es sich darum, daß mit dieser Verhaftung der Wille einer ausländischen imperialistischen Regierung durchgeführt wird.

Streik in Berliner Metallbude!

Bei der Metallfirma Steinrück, Urbanstraße 116, steht die Belegschaft seit drei Tagen gegen Lohnabbau im Streik. Die Lehrlinge haben sich am Sonnabend ebenfalls in die Streikfront eingereiht. Der Kampfwille der Belegschaft ist unerschütterlich.

Ein hartes Urteil!

Landfriedensbruchprozeß in Leipzig

Am Sonnabend abend wurde im Landfriedensbruchprozeß gegen Martin Kroll und 5 Genossen das Urteil verkündet. Es lautet:

Martin Kroll, 7 Jahre Gefängnis, 5 Jahre Ehrenrechtsverlust.

Friedrich Linke, 9 Monate Gefängnis

Hermann Körner, 5 Monate Gefängnis.

Die Angeklagten Walter Zeh und Emil Gosch wurden freigesprochen.

Die Sächsische Arbeiter-Zeitung schreibt hierzu:

Damit ist der Prozeß anläßlich der Zusammenstöße an der Epa-Ecke, gelegentlich der Verteilung des provokatorischen SPD-Flugblattes gegen den preußischen Volksentscheid, bei dem der sozialdemokratische Jungarbeiter Markus ums Leben kam, abgeschlossen. Die Leipziger Volkszeitung hat diesen Prozeß zu einer beispiellos verlogenen Hetze gegen die proletarische Einheitsfront und gegen die Kommunistische Partei auszunutzen versucht. Diese Hetze hat nicht verhindern können, daß nach dem Tode von Markus selbst Mitglieder der SAJ, wie die Neudnitzer Genossen, die dann zum KJVD übertraten, festgestellt haben, daß Markus das Opfer einer organisierten Schufo-Provokation geworden ist.

Die proletarische Einheitsfront marschiert und keine noch so verlogene Hetze kann die Aufmerksamkeit der sozialdemokratischen Arbeiter von den Verbrechen der sozialdemokratischen Tolerierungspolitiker ablenken.

Brandleristischer DMV-Ortsverband für 7%igen Lohnabbau

In der letzten Mitgliederversammlung des DMV in Halle wurde zum Lohnabbau in der mitteldeutschen Metallindustrie Stellung genommen.

Der Bonze Drescher versuchte mit einem großen Schwatz die Unmöglichkeit eines Kampfes in Halle zu beweisen, indem er erklärte, daß nur noch 2800 Kollegen in den Betrieben seien und außerdem in ganz kurzer Zeit 2000 Metallarbeiter aus der Organisation ausgeschieden seien.

Der Brandlerist König wurde „radikal". Im übrigen hütete er sich, über konkrete Kampfmaßnahmen zu sprechen. Die Brandleristen kamen mit keinem Wort auf den Inhalt ihrer vor einigen Wochen vorgelegten Entschließung zurück, in der sie radikalste Forderungen gestellt hatten.

Revolutionäre Kollegen rissen diesen Scharlatanen die Maske vom Gesicht und kennzeichneten ihr Verhalten in der richtigen Weise.

Soermus-Konzert polizeilich aufgelöst!

Das gestern abend im Künstlerhaus stattgefundene von der IAH veranstaltete Konzert des bekannten russischen Geigers Soermus wurde nach 1¼ Stunden von der Polizei aufgelöst. Soermus soll sich nicht an die vom Polizeipräsidium gestellten Bedingungen gehalten haben. Soermus und seine Gattin wurden verhaftet. Die Empörung der Besucher war außerordentlich stark.

SPD-Fürsorgeärztin kommt zur KPD

Die frühere Magdeburger Fürsorgeärztin, Frau Dr. med. Nachmann, ist nach elfjähriger Mitgliedschaft in der SPD zur KPD übergetreten. Sie hat aus Anlaß ihres Austritts an den Ortsverein Magdeburg der SPD eine Erklärung gerichtet, in der sie scharf gegen die Politik der SPD Stellung nimmt. Sie fordert alle ehrlichen Arbeiter in der SPD auf, ihrem Schritt zu folgen.

„Eiserne Front" zur Verteidigung der Notverordnungspolitik

SPD- und christliche Gewerkschaftsführer machen eine gemeinsame Geschäftsstelle

Zur Verteidigung und Durchführung der Notverordnungspolitik haben sich die SPD-Führer mit den Führern der übrigen Regierungsparteien zusammengetan. Sie wollen eine gemeinsame Geschäftsstelle der „Eisernen Front" bilden und Anfang Januar einen Aufruf an die Brüningregierung herausgeben, sowie verschiedene Kundgebungen veranstalten. Die Vertreter der Regierungsparteien, die eine gemeinsame Geschäftsstelle gründen wollen, geben vor, einen Kampf gegen den Faschismus führen zu wollen. In Wirklichkeit wollen sie die Durchführung der Notverordnungen sichern. In dieser „eisernen Front" sollen außer den SPD-Führern die Führer der ADGB-Gewerkschaften, der christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften, des Reichsbanners Schwarzrotgold, der reformistischen Arbeitersportverbände und des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten vertreten sein. Als weitere Organisationen werden genannt: Bund republikanischer Polizeibeamter, Deutscher Alpenverein, Deutscher Studentenverband, Deutscher Wassersportverband usw.

Entscheidend ist, daß hier die Gewerkschaftsmitglieder zur Verteidigung der Notverordnungspolitik mißbraucht werden sollen. Die Bildung der Geschäftsstelle der sogenannten „Eisernen Front" ist ein weiterer Schritt zum Aufgehen der ADGB-Gewerkschaften in eine gemeinsame Organisation mit den christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften. Die Führer der christlichen Gewerkschaften sind bereits zu einem großen Teil eingeschriebene Mitglieder der Nazipartei. Bekannt ist ja der Nazi-Führer Stöhr, vom Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband, der ja auch den christlichen Gewerkschaften angeschlossen ist. Es kommt den SPD- und ADGB-Führern vor allem darauf an, in Tuchfühlung mit den Nazi-Führern zu kommen. Darum strecken sich nach einer immer engeren organisatorischen Verbindung mit den christlichen Gewerkschaftsführern.

Wie vorbehaltlos die SPD-Führer bereits für die Notverordnungspolitik eintreten, das zeigt deutlich der Leitartikel des Vorwärts vom 20. Dezember, wo es wörtlich heißt:

„In der Reichsregierung sitzt kein Sozialdemokrat. Aber zwei ehemalige christliche Gewerkschaftssekretäre sitzen in ihr — und gerade an Stellen, die die wichtigsten sind: in der Reichskanzlei und im Reichsarbeitsministerium. Gegen sie das Verrätergeschrei zu erheben, sie der Arbeiterfeindlichkeit zu bezeihen, wäre leicht, aber ungerecht. Gewiß waren die beiden Männer Brüning und Stegerwald der Ueberzeugung, daß eine neue Lohnsenkung im Interesse des Ganzen und damit letzten Endes auch der Arbeiterklasse unvermeidlich sei: gewiß glaubten sie, mit ihr die Grundlagen für eine Besserung des Wirtschaftslebens zu schaffen. Der Schritt, den sie getan haben, kann auch durch leere Gesten eines arbeitsunfähigen Parlamentes nicht rückgängig gemacht werden. Die sozialdemokratische Fraktion hat darum mit Recht die Einberufung dieses Reichstages abgelehnt."

Die SPD-Führer sind also voll und ganz für die Politik der ehemaligen christlichen Gewerkschaftsführer Brüning und Stegerwald. In diesem Sinne, um die Notverordnungspolitik durchzuführen wurde die „Eiserne Front" gegründet.

Die Propagandisten der „Eisernen Front" sprechen davon, daß sie „Kampfstaffeln" usw. bilden wollten. Diese Bezeichnungen sollen einen Kampf gegen den Faschismus vortäuschen. Aber jeder Arbeiter weiß, daß die Nazi-Führer, die als christliche Gewerkschaftsführer in der „Eisernen Front" stehen, nicht gegen den Faschismus, sondern gegen die klassenbewußte Arbeiterschaft kämpfen.

Kein Arbeiter wird sich von den Propagandisten der „Eisernen Front" täuschen lassen. Alle Arbeiter gehören in die rote Einheitsfront, die unter Führung der Kommunistischen Partei gegen Kapitalismus und Faschismus kämpft.

Schieckregierung kündigt Verbot der KPD-Presse an!

Eure Antwort: Steigert die Aktion für die KPD und ihre Presse!

In der Regierungserklärung des Schieck-Kabinetts in der letzten Sitzung des Sächsischen Landtages wird betont, „daß alle Polizeibehörden anweisungsgemäß ihre besondere Aufmerksamkeit darauf zu richten haben, die Verbreitung aller Hetzblätter zu verhindern und der Täter habhaft zu werden". Weiter heißt es darin: „Die unsachlichen Angriffe, die unwahren, ja gemeinen und niedrigen Verleumdungen, die in den letzten Wochen geradezu kübelweise über die Regierung und deren Beamten im Ministerium ausgeschüttet worden sind, gehen über das zulässige Maß hinaus. Die Regierung wird eine derartige Sprache nicht mehr dulden. Das Ministerium des Innern hat infolgedessen die Polizeibehörden angewiesen,

„mit Verboten gegen Presseerzeugnisse vorzugehen, die sich noch weiter einer solchen Sprache bedienen sollten".

Diese Erklärung erfolgte, nachdem die Nazis schärfstes Vorgehen gegen die marxistische Presse gefordert hatten. Die Sozialdemokraten nahmen die Regierungserklärung mit lautem „Bravo!" auf. Darauf kann es nur eine Antwort der revolutionären Proletarier geben:

Massenwerbung für die Arbeiterstimme!
Massenwerbung für das Sächsische Volksecho!

SLUB
Wir führen Wissen.